

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 30/3 (2003)

DOI: 10.11588/fr.2003.3.63764

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

mit Serbien hatte demzufolge auch zum Ziel, »Serbien auf friedlichem Wege in einen wirtschaftlich abhängigen und politisch willfährigen Satelliten der Doppelmonarchie zu verwandeln« (S. 324). Spätestens seit den Balkankriegen und dem Scheitern der wirtschaftlichen Offensive Wiens ging es dann um die Frage, ob die Doppelmonarchie als europäische Großmacht überhaupt weiter bestehen konnte oder in absehbarer Zeit das Schicksal des Osmanischen Reiches teilen würde.

Der deutsche Zweibundpartner reagierte verunsichert auf die zunehmende innen- und außenpolitische Schwäche Wiens. Die Sorge um den Erhalt des unter Umständen einzigen Verbündeten korrespondierte mit der Befürchtung, von Wien in einen Konflikt hineingezogen zu werden, der keine direkten deutschen Interessen berührte. In den Balkankriegen legte die Reichsführung – anders als in der bosnischen Annexionskrise – das Bündnis daher auch strikt defensiv aus und verweigerte Wien jede Art von Blankoscheck. In ihrer Wirtschaftspolitik betrachteten sich die Bündnispartner zudem eher als Konkurrenten auf dem Balkan, der von Berlin lediglich als Verbindungsstück für seine ausgreifenden Ambitionen in Kleinasien betrachtet wurde. Zudem lagen die Vorteile auf diesem Terrain eindeutig auf der Seite des industriell viel weiter fortgeschrittenen Deutschen Reiches, während die Interessen der Agrarier in der Doppelmonarchie eine erfolgreiche Handelspolitik Wiens auf dem Balkan behinderten. Wenngleich der Zweibund daher seit 1908/09 durch den zunehmenden »Außendruck« (S. 441) eine innere Festigung erfahren habe, haftete der Bündnispolitik Berlins laut Angelow bis zum Juli 1914 »noch immer etwas Unentschiedenes und Unberechenbares« (S. 433) an.

Die detaillierten und facettenreichen Beobachtungen des Autors über die innen- und außenpolitische Situation insbesondere des österreichisch-ungarischen Zweibundpartners beleuchten daher eine komplexe und widersprüchliche Situation. Neben offensiven Strategien, die in Österreich-Ungarn von der dortigen Kriegspartei um Generalstabschef Conrad und im Deutschen Reich sowohl von den Militärs als auch von den Alldeutschen gefordert und vorangetrieben wurden, gab es bei beiden Verbündeten auch Versuche, durch eher defensiv ausgerichtete Maßnahmen die jeweils eigenen Interessen ausreichend zu wahren oder durch Annäherungsversuche an andere Mächte die einseitige Abhängigkeit vom Bündnispartner wieder zu reduzieren. Derartige Überlegungen wurden zum Beispiel in der Umgebung des Thronfolgers Franz Ferdinand angestellt. Der bezeichnete im Februar 1913 jeden Krieg mit Rußland als ein »Unglück« (S. 240) und bestritt unter Anspielung auf die Auffassungen der Kriegspartei jeden gerechtfertigten Grund für einen Krieg gegen Serbien. Die innenpolitischen Probleme des Landes konnten eben auch zu Überlegungen führen, sich außenpolitisch um einen Abbau der Konflikte zu bemühen, um sich auf die Lösung der drängenden inneren Fragen konzentrieren zu können.

Die Stärke der gut lesbaren Arbeit Angelows liegt ohne Zweifel darin, die Beziehungen der Zweibundmächte untereinander sowie im Konzert der europäischen Mächte am Vorabend des Ersten Weltkrieges in allen ihren Aspekten ausgeleuchtet zu haben. Etwas bedauerlich ist nur, daß er die Ursachen für die Veränderung oder Deformation des Zweibundes nach 1908/09 eindimensional in innenpolitischen Entwicklungen sucht, obwohl die Ergebnisse seiner eigenen Untersuchung ganz offensichtlich auch andere Rückschlüsse erlauben.

Rainer LAHME, Boppard

Michel LEYMARIE, *Les intellectuels et la politique en France*, Paris (Presses Universitaires de France) 2001, 127 S. (Que sais-je?, 3584).

Die herausragende Rolle, die Intellektuelle in den öffentlichen Debatten und im politischen Leben Frankreichs spielen, gehört gewiß zu den französischen Besonderheiten, die die Auseinandersetzung mit dem klassischen Urbild des Nationalstaats auch für den

auswärtigen Betrachter so faszinierend machen. Michel Leymarie, der schon mit einem gelungenen Gesamtbild der Belle Époque hervorgetreten ist (»De la Belle Époque à la Grande Guerre«, 1999), führt in seinem »Que sais-je«-Band die Gründe auf, die zu dieser einzigartigen Resonanz der französischen Intellektuellen seit den Tagen der Dreyfus-Affäre geführt haben: »le centralisme politique et culturel en France et l'imbrication du politique et du culturel dans la vie publique, tant chez les intellectuels que chez les hommes politiques eux-mêmes; la valorisation de la culture par le pouvoir royal et le patronage de l'État; le long conflit de la foi et de la raison, la scission du pouvoir spirituel et du pouvoir temporel qui ont favorisé la naissance de ce que Paul Bénichou a nommé ›le sacre de l'écrivain‹; le rapport étroit qu'entretint avec la formation de l'État-nation la langue française, dont les desservants incarnèrent la figure du ›grand écrivain‹ de Voltaire à Hugo, de Zola à Barrès, de Gide à Sartre« (S. 4).

125 Seiten für über 100 Jahre intellektueller Debatten und politischer Interventionen, das ist natürlich nicht viel. Leymarie hat kaum Zeit, die Grundgedanken eines Autors zu skizzieren (was ihm hervorragend gelingt); schon muß er zum nächsten gehen, und manchmal reicht der Platz auch nur für das Aufzählen von Namen und Titeln. Die Lektüre fällt folglich nicht leicht, doch ist der Überblick, der geboten wird, zuverlässig und präzise. Leymarie unterscheidet mehrere Phasen des intellektuellen Engagements: die Dreyfus-Affäre und die Gruppenbildung, die ihr folgte; die Auseinandersetzung mit den Folgen des »Großen Krieges«, mit dem Sowjetkommunismus und der faschistischen Versuchung; sodann die Hochzeit der Intellektuellen (»Les trente glorieuses des intellectuels«), die vor allem von Jean-Paul Sartre, daneben auch von Albert Camus und Raymond Aron geprägt wurde; schließlich seit Ende der 1970er Jahre ein Abflachen des intellektuellen Engagements und der ideologischen Polarisierung.

Von den vielen Charakterisierungen, die Leymarie bietet, können hier nur einige hervorgehoben werden. Maurice Barrès wird als ein »anti-intellektueller Intellektueller« beschrieben, der das Feindbild des inkompetenten und weltfremden Nachbeters abstrakter Formeln schafft und es mit dem Judentum und der Freimaurerei assoziiert. Charles Péguy erscheint als hartnäckiger Verteidiger des »Dreyfusismus«, in seinem moralischen Sozialismus ebenso unbeirrt wie in seiner republikanischen und patriotischen Gesinnung. Jacques Maritain wird zunächst als Konvertit zum Katholizismus und dann als Verteidiger der päpstlichen Verurteilung der Action française präsentiert. Bei Emmanuel Mounier wird die doppelte Stoßrichtung gegen den liberalen Individualismus und gegen den staatlichen Kollektivismus betont; gleichzeitig wird hervorgehoben, daß sich um seine Zeitschrift »Esprit« ein »circuit d'amitiés agissantes« bildete (S. 44). Die literarische Hochkonjunktur in der Zeit der deutschen Besatzung wird ebenso erwähnt wie die Minderheitenpositionen, die intellektuelle Kollaborateure und Widerständler einnahmen.

Bei der Schilderung der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg beeindruckt die lange Liste der Intellektuellen, die sich für eine mehr oder weniger lange Zeit vom Kommunismus angezogen fühlten, so Pierre Daix, Michel Foucault, François Furet, Annie Kriegel, Jacques und Mona Ozouf, um nur einige wenige zu nennen. Jean-Paul Sartre wird in seinen Kämpfen an der Seite der Kommunisten geschildert; es wird aber auch erwähnt, daß er von der kommunistischen Presse als »hyène dactylographe« und »chacal muni d'un stylo« angegriffen wurde, als er das Andenken seines Freundes Paul Nizan verteidigte. Die »neuen Philosophen« werden mit der nötigen Distanz behandelt: Sie ließen sich, schreibt Leymarie, manchmal dazu hinreißen, sich selbst zu feiern und genossen privilegierte Unterstützung durch die Medien. Zu Bernard-Henri Lévy wird gesagt, man habe nachweisen können, daß seine Charakterisierung des Faschismus als »Idéologie française« auf einer unzulässigen Annäherung von Texten von Maurras, Barrès, Péguy, Drieu und Mounier beruht.

Die Frage nach dem »Ende der Intellektuellen« und das abschließende Plädoyer für ein Wächteramt ohne Absolutheitsanspruch rufen den Eindruck hervor, daß das Zeitalter der

Intellektuellen auch in Frankreich zu Ende gegangen sei. Tatsächlich sind seit der Debatte über den Algerienkrieg wissenschaftliche und professionelle Experten zu den Intellektuellen hinzugetreten, die Fernseh-Öffentlichkeit und die Ausweitung der akademischen Berufe haben die Resonanzbedingungen für intellektuelles Engagement verändert. Daß die aristokratischen Figuren des intellektuellen Führers, Propheten oder »Meisterdenkers« damit hinfällig geworden seien (so Leymarie S. 121), wird man aber nicht sagen können: Es genügt ein Blick auf das Echo, das Pierre Bourdieu gefunden hat, um zu sehen, daß die »exception française« des intellektuellen Engagements in der Politik andauert.

Wilfried LOTH, Essen

Monique MOMBERT, *L'enseignement de l'allemand en France 1880–1918. Entre »modèle allemand« et »langue de l'ennemi«*, Strasbourg (Presses Universitaires de Strasbourg) 2001, 343 S. (Faustus, Études germaniques).

Wollte man den Beweis führen, daß das jeweils herrschende politische Klima Rückwirkungen auf Lehrpläne und Bildungsziele im Schulwesen hat, man könnte kaum ein besseres Beispiel finden als den Gegenstand der vorliegenden Untersuchung. Zeitweise als Zugang zum »modèle allemand« begrüßt, dann als »langue de l'ennemi« abgelehnt, unterlag die Rezeption der deutschen Sprache in Frankreich wechselnden Vorstellungen vom östlichen Nachbarn; sich wandelnde beiderseitige Beziehungen flossen in die Sprach- und Unterrichtspraxis ein. Handelte es sich doch in chronologischer Abfolge um die Sprache des siegreichen Feindes (ab 1871), des als übermächtig eingeschätzten Nachbarn und Konkurrenten, dessen Modell kultureller und wirtschaftlicher Entwicklung gleichwohl nachzueifern sich als nationale Aufgabe stellte, schließlich ab 1914 um die Sprache des Kriegsgegners, von dem sich abzugrenzen nun die nationale Pflicht gebot. Konfrontation und Annäherung, Abgrenzung und Adaptationsdruck der beiden Gesellschaften prägten die Bestrebungen, mit der Sprache des anderen dem eigenen Nachwuchs den Zugang zu dessen Kultur und Lebensformen zu eröffnen.

Die Autorin, die an der Marc-Bloch-Universität in Straßburg als Professorin »de civilisation allemande« tätig ist und sich durch mehrere Veröffentlichungen zu Fragen des Fremdsprachenunterrichts in Frankreich wie auch des Französischunterrichts in Deutschland als Kennerin der Materie ausgewiesen hat, geht zu Beginn der Untersuchung auf den Stand des Erziehungswesens im Deutschland des ausgehenden 19. Jhs. ein. Die Breite des Exkurses, der ein Drittel des gesamten Textes umfaßt, überrascht; doch erschließen sich die Vorteile des Vorgehens nach beendeter Lektüre. Der Ausblick auf das Reformklima und die Fortschritte im deutschen Erziehungs- und Ausbildungswesen liefern nämlich die Erklärung für die in Frankreich so empfundene Vorreiterrolle des östlichen Nachbarn. Zudem eröffnen sich durch den Blick auf Deutschland interessante Perspektiven auf die enge Verzahnung der Tendenzen und Neuerungen, die in beiden Schulsystemen Raum greifen, vor allem was den Aufstieg der Neuphilologie, der Phonetik und die Abkehr von den grammatikalischen Grundlagen der Sprache anbetrifft. Da die alten verstandesbetonten und gedächtnisbasierten Lehrmethoden in Frage gestellt wurden, gerieten auch die alten Sprachen, deren Beherrschung quasi als Rekrutierungsbasis und als symbolhaftes Signum der alten Eliten verstanden wurde, zunehmend ins Abseits, zumal die Anforderungen der modernen Industrielwelt nach breiterem technisch-wissenschaftlichem Personalangebot verlangten. Die Fragestellung »Aufrechterhaltung des Modells der klassischen Bildung oder Beteiligung breiter Schichten an Bildung und sozialem Aufstieg« führte nicht nur unter Pädagogen zur Polarisierung. Zu dieser ideologisch-politischen Dimension gesellte sich eine gewissermaßen »ganzheitliche« Bewertung: die Bildungsreformer um Pestalozzi, aber auch Nietzsche u. a. hatten gefordert, Gefühl und Phantasie als unentbehrliche Helfer des Verstandes stär-